

# ERNEUERBARE ENERGIEEN IM KONFLIKT. WARUM NEUE ENERGIE- VERSORGUNGSSTRUKTUREN VOR ORT NICHT NUR AUF ZUSTIMMUNG STOßEN

TEXT: Dr. René Zimmer, Leiter des Fachgebietes sowie Wiebke Wesselhöfft, Praktikantin im Fachgebiet Ressourcenschutz & Landschaftsökologie, Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V.

## EINLEITUNG

Energieträger wie Sonne, Wind, Wasser, Erdwärme oder Bioenergie stehen als Energieträger in nahezu unbegrenzter Menge zur Verfügung. Im Gegensatz zu den fossilen Energieträgern oder Uran ist die Nutzung von Erneuerbaren Energien klimafreundlich sowie umwelt- und ressourcenschonend. Die Bundesregierung hat sich deshalb das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 den Anteil der Erneuerbaren Energien am gesamten Bruttostromverbrauch auf mindestens 30 Prozent und an der gesamten Wärmeversorgung auf 14 Prozent zu steigern. Der Einsatz Erneuerbarer Energien soll maßgeblich dazu beitragen, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken. Diese Ziele werden sich in großem Maße auf die Energieversorgungsstrukturen auswirken. So müssen insbesondere verschiedene Erneuerbare Energiequellen und dezentrale Kraftwärmekopplungseinheiten integriert werden. Dabei entstehen neue Netzstrukturen aber auch der Bedarf nach neuen Energiespeichern.

1  
Special EUROBAROMETER 262 (2007): *Energy Technologies: Knowledge, Perception, Measures*.  
Unter: [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_262\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_262_en.pdf)

2  
TNS Emmid (2009): *Deutsche pro Erneuerbare Energien. In: Energienachricht des Verbraucherportals StromAuskunft.de*, 2. September 2009. Unter: [www.stromauskunft.de/html/service/energienachrichten.html#energienews=01140.deutsche-pro-erneuerbare-energien](http://www.stromauskunft.de/html/service/energienachrichten.html#energienews=01140.deutsche-pro-erneuerbare-energien)

Während diese politischen und wirtschaftlichen Anstrengungen häufig in den Kontexten Klimaschutz, Unabhängigkeit von Energieimporten, mehr Versorgungssicherheit und Stärkung der heimischen Wirtschaft diskutiert werden, bleiben insbesondere soziale Aspekte häufig außen vor. So ist zu fragen, ob denn der Umbau der Energieversorgungsstrukturen tatsächlich auf Akzeptanz in der Bevölkerung stoßen wird. Die Bevölkerungsbefragung des Special EUROBAROMETER 262 „Energy Technologies“ aus dem Jahre 2007<sup>1</sup> gibt auf den ersten Blick Entwarnung. Danach wird die Implementierung der Erneuerbaren Energien in Deutschland sehr positiv gesehen und erfährt von der Öffentlichkeit eine hohe Akzeptanz. So wird die Energieerzeugung aus Sonnenenergie zu 84 Prozent befürwortet, die aus Wasserkraft zu 78 Prozent, die aus Biomasse zu 75 Prozent und die aus Windenergie zu 71 Prozent.

Diese Ergebnisse werden durch weitere Umfragen gestützt. So meinten in einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS Emmid (2009)<sup>2</sup>



85 Prozent der Befragten in Deutschland, dass Erneuerbare Energien der Energieträger der Zukunft seien. In einer repräsentativen Forsa-Umfrage (2010)<sup>3</sup> hielten 95 Prozent der Deutschen den Ausbau Erneuerbarer Energien für wichtig oder sehr wichtig. Und in einer Umfrage von infratest dimap (2011)<sup>4</sup> befürworteten 94 Prozent der Deutschen die stärkere Nutzung Erneuerbarer Energien.

Aber massiver Umbau der Energieversorgungsstrukturen bedeuten nicht nur technische Herausforderungen, sondern tatsächlich auch den Bau von Windrädern, Solarparks, Biogasanlagen, Hochspannungsmaassen oder Pumpspeicherkraftwerken. Diese Vorhaben finden immer an lokalen Standorten statt, so dass für die dort lebenden Menschen grüner Strom nicht mehr nur einfach aus der Steckdose kommt, sondern mit konkreten Bauwerken verbunden ist. Allein die Vorstellung, Energieerzeugungsanlagen in der Nähe zu haben, lässt die hohen Zustimmungswerte für Erneuerbare Energien im Allgemeinen auf 73 Prozent sinken (Forsa 2009).<sup>5</sup> Die größte Akzeptanz in der Nachbarschaft fanden Solarparks mit 76 Prozent Zustimmung. Die Zustimmungsrate bei nahe gelegenen Windrädern würde auf 55 Prozent und die von Biomassanlagen auf 42 Prozent sinken.

Und in den betroffenen Orten regt sich trotz hoher Akzeptanz Erneuerbarer Energien im Allgemeinen oft intensiver Widerstand. Bürgerinnen und Bürger schließen sich zu Bürgerinitiativen zusammen, um sich gegen die neuen Energieprojekte zur Wehr zu setzen. Ein Beispiel ist die Gewinnung von Strom und Wärme aus geothermischer Energie (Erdwärme) mittels Tiefenbohrungen: In Basel in der Schweiz wurde dazu 2005 ein Projekt namens „Deep Heat Mining“ gestartet. Als Ende 2006 die ersten 12000 Kubikmeter Wasser unter rund fünf km Tiefe ins Gestein eingepresst wurden, kam es in den Folgemonaten zu mehreren deutlich spürbaren Erdstößen, die Schäden an Gebäuden verursachten

und die Bevölkerung beunruhigten. Das Projekt wurde daraufhin für mehrere Jahre gestoppt, um eine neue Risikoanalyse vorzunehmen. Von Bürgerseite wurde eine Initiative der „Erd-Erschütterungs-Geschädigten“ (EEG) gegründet, die eine Baufirma mit der Bestandsaufnahme der Schäden beauftragte. Vom Projektbetreiber mussten in der Folgezeit über 3500 Schadensfälle bearbeitet und die jeweiligen Schadenssummen erstattet werden. Die Geothermie muss seitdem mit einem erheblichen Imageverlust in der Öffentlichkeit

konfrontiert werden. In der Schweiz wurde dazu 2005 ein Projekt namens „Deep Heat Mining“ gestartet. Als Ende 2006 die ersten 12000 Kubikmeter Wasser unter rund fünf km Tiefe ins Gestein eingepresst wurden, kam es in den Folgemonaten zu mehreren deutlich spürbaren Erdstößen, die Schäden an Gebäuden verursachten

und die Bevölkerung beunruhigten. Das Projekt wurde daraufhin für mehrere Jahre gestoppt, um eine neue Risikoanalyse vorzunehmen. Von Bürgerseite wurde eine Initiative der „Erd-Erschütterungs-Geschädigten“ (EEG) gegründet, die eine Baufirma mit der Bestandsaufnahme der Schäden beauftragte. Vom Projektbetreiber mussten in der Folgezeit über 3500 Schadensfälle bearbeitet und die jeweiligen Schadenssummen erstattet werden. Die Geothermie muss seitdem mit einem erheblichen Imageverlust in der Öffentlichkeit

leben. Und sobald heutzutage irgendwo bekannt wird, dass Tiefenbohrungen zur Gewinnung geothermischer Energie geplant sind, gründen sich Bürgerinitiativen dagegen und verweisen auf die Risiken.

Interessant ist, dass sich nicht nur betroffene Anwohnerinnen und Anwohner gegen den Ausbau stellen, sondern oftmals auch zahlreiche Umweltschützer, die starke Beeinträchtigungen für die Habitate von Flora und Fauna befürchten. Somit stehen sich in den Konflikten um Windkraftanlagen, Hochspannungsmaassen oder neue Pumpspeicherkraftwerke nicht selten Klimaschützer und Naturschützer gegenüber.

Vor diesem Hintergrund stellen sich die Fragen: Was sind die Gründe dafür, dass es trotz genereller Zustimmung häufig zu intensiven lokalen Konflikten um die Produktion, den Transport und die Speicherung Erneuerbarer Energien kommt? Und welche Wege können gegangen werden, um konstruktiv mit diesen Konflikten umzugehen?

#### DER NIMBY-EFFEKT

Es gibt viele Beispiele, die zeigen, dass durch lokale Akzeptanzvorbehalte mit erheblichen Verzögerungen bei der Projektumsetzung, wenn nicht sogar mit der Aufgabe des Projektes, sowie mit erheblichen Mehrkosten für Betreiberfirmen, Kommunen und genehmigende Behörden zu rechnen ist. Oft wird in diesem Zusammenhang vom NIMBY-Effekt („not in my backyard“) gesprochen. NIMBY bezeichnet eine Haltung, bei der Personen die Vorteile moderner Technologie zwar nutzen, im eigenen Umfeld aber keine Nachteile in Kauf nehmen wollen. Die neuere Forschung (z. B. Devine-Wright 2009)<sup>6</sup> hat allerdings gezeigt, dass das Phänomen komplexer und der NIMBY-Effekt in der beschriebenen Weise nur von begrenzter Erklärungskraft ist. So fanden Kempton et al. (2005)<sup>7</sup> heraus, dass diejenigen, die einen Offshore-Windpark vor ihrer „Haustür“ ablehnten, in der Regel auch diejenigen waren, die die Nutzung von Windenergie vor der Küste generell ablehnten. NIMBY kann eher als ein Label betrachtet werden, hinter dem andere Gründe für Opposition stehen. So kann Opposition stark von der Wertschätzung abhängen, die Menschen mit einer bestimmten Sache entgegenbringen oder von der Art und Weise, wie eine Sache der Öffentlichkeit präsentiert wird (Vittes et al. 1993).<sup>8</sup> Es gilt also genauer hinzuschauen, um zu verstehen, welche Gründe auf lokaler Ebene ausschlaggebend dafür sind, die Produktion, den Transport und die Speicherung Erneuerbarer Energien abzulehnen.

#### PROJEKT „ERNEUERBARE ENERGIEN IM KONFLIKT“

Im Rahmen des Projekts „Erneuerbare Energien im Konflikt“ wurden vom IfU insgesamt 40 Konflikte um die Erzeugung Erneuerbarer Energien, ihren Transport und ihre Speicherung untersucht. Eine Analyseebene in diesem Projekt widmet sich den Ursachen der Konflikte. Ziel war es, die Gründe herauszuarbeiten, die Bürgerinnen und Bürger dazu brachten, Planungen zu Energieversorgungsvorhaben nicht einfach so hinzunehmen, sondern dagegen aufzubegehren.

Analysiert wurden in dem Projekt die Internetauftritte von Bürgerinitiativen gegen Windräder, Solarparks, Biomassanlagen etc. Dieses Vorgehen wurde gewählt, weil davon auszugehen ist, dass wenn sich zu einem Thema eine Bürgerinitiative gegründet hat, der Konflikt bereits eine gewisse Eskalationsstufe erreicht hat, Forderungen laut geworden sind und die in der Bürgerinitiative organisierten Bürgerinnen und Bürger ihren Standpunkt klar in der Öffentlichkeit vertreten. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die untersuchten Konfliktthemen, zu denen sich Bürgerinitiativen engagierten.

#### WO ENTSTEHEN BÄUERLICHE KONFLIKTE?

ENERGIEERZEUGUNG	OFFSHORE WINDPARKS	3 KONFLIKTE
ONSHORE WINDPARKS	40 KONFLIKTE	
GEOTHERMIE	5 KONFLIKTE	
SOLARENERGIE	5 KONFLIKTE	
BIOMASSE	6 KONFLIKTE	
ENERGIEERZEUGUNG	TUMPSPEICHERKRAFTWERK	3 KONFLIKTE
ENERGIETRANSPORT	NETZANSAHL	8 KONFLIKTE

Die Internetauftritte der Bürgerinitiativen wurden inhaltsanalytisch daraufhin untersucht, welche Gründe Bürgerinnen und Bürger für ihren Protest anführen, welche Forderungen sie zur Lösung des Konflikts auf der Sachebene anführen und welche Wege sie zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Bürgern, Betreibern und Planungsbehörden vorschlagen. Im Folgenden sollen die Protestgründe näher betrachtet und Schlussfolgerungen abgeleitet werden, die dabei helfen sollen, dass Infrastrukturvorhaben rund um Erneuerbare Energien nicht vom vornherein in unproduktiven Pro-Kontra-Konstellationen enden.

**GRÜNDE ZUM PROTEST**  
Alle Protestgründe, die in den Internetauftritten der Bürgerinitiativen angeführt wurden, wurden erfasst und zu Kategorien zusammengefasst. Ziel war es, nicht auf der Ebene des einzelnen Konflikts stehen zu bleiben, sondern Muster abzuleiten, die auch fallübergreifend immer wieder Ursache für Protestverhalten sind. Die einzelnen Gründe für jeden Konflikt konnten vier übergreifenden Kategorien zugeordnet werden: „Beeinträchtigungen des gewohnten Umfelds“, „Befürchtete Risiken“, „Kommunikationsprobleme“ und „Fehlender Nutzen“.

#### a) Beeinträchtigungen des gewohnten Umfelds

Materielle und ästhetische Beeinträchtigungen des gewohnten Lebensumfelds sind der Hauptgrund für Protestverhalten im Zusammenhang mit dem Ausbau Erneuerbarer Energien. Sie reichen von der „Ver-schandelung“ des Landschaftsbildes, über den erwarteten Rückgang des Tourismus, den Wertverlust der Häuser und Grundstücke, bis hin zu Lärm, Schattentwurf und Geruchsbelästigung. Darüber hinaus werden Ängste geäußert, künftig in einer Dauerbaustelle leben zu müssen.

Bei Onshore-Windparks wurden besonders oft Beeinträchtigungen, wie Lärm und Schattentwurf, sowie die „Verschandelung des Landschaftsbildes“ genannt. Der Verlust der regionalen Umwelt durch den Bau von Windparks scheint hier ein wichtiger Faktor der Protestbildung zu sein. So führt beispielsweise die Bürgerinitiative „Sturm im Sturm“ als Argument gegen die geplanten Windkraftanlagen ins Feld:

„Diese Bauhöhe ist unserer Meinung nach nicht tragbar, da das Landschaftsbild weitreichend verschmutzt wird. 149 m sind bis weit über die Grenzen Oerlinghausens hinaus zu sehen und verunstalten das Landschaftsbild erheblich.“<sup>9</sup>

Mit der Beeinträchtigung des Landschaftsbildes wird in der Argumentation der Bürgerinitiativen häufig ein Wertverlust der eigenen Häuser und Grundstücke verbunden. So schreibt die Bürgerinitiative gegen Windkraft in Weddelbrook und Umgebung:

„Unsere Häuser, unsere Grundstücke wären durch 175 m hohe WKA-Riesen bis zu 50 Prozent weniger wert und teilweise unverkäuflich! Für uns eine inakzeptable Wertminderung!“<sup>10</sup>



Ähnlich verhält es sich bei Offshore-Windparks. Hier wird ebenfalls eine „Verschandelung“ des Landschaftsbildes bzw. des Horizonts beklagt, wodurch u.a. auch Rückgänge im Bereich des Tourismus befürchtet werden. Die Veränderung des gewohnten Umfeldes scheint in beiden Fällen nur schwer akzeptierbar zu sein. Des Weiteren wird bei den Offshore-Anlagen die Beeinträchtigung für Flora und Fauna des Meeres stark kritisiert. Als Beispiel kann hier eine Resolution zu Offshore-Windparks in der Nordsee aus Wangerooge angeführt werden:

„Der Tourismus hat sich in den letzten 200 Jahren zu dem wirtschaftlichen Standbein entwickelt. Für einen qualitätsorientierten Tourismus sind eine intakte Natur und Umwelt von existenzieller Bedeutung. Großindustrielle Vorhaben, wie Offshore-Windparks, können die vorhandenen Nutzungen, die zugleich die Lebensgrundlage der Bevölkerung darstellen, erheblich beeinträchtigen und stören. Sie bedeuten zudem ein nicht kalkulierbares Gefährdungspotential für die ökologischen und ökonomischen Grundlagen der Insel- und Küstenbewohner.“<sup>11</sup>

11 [www.wangerooge.de](http://www.wangerooge.de)  
12 [www.big-steinweiler.de](http://www.big-steinweiler.de)

**b) Befürchtete Risiken**

Die befürchteten Risiken sind im Vergleich zu den Beeinträchtigungen des gewohnten Umfelds weniger entscheidend für die Entscheidung von Konflikten. Jedoch muss berücksichtigt werden, dass nicht jede neue Technologie automatisch auch neue Risiken mit sich bringt. Trotzdem spielen Risiken für die Gesundheit und für Natur und Umwelt immer wieder eine wichtige Rolle in der Begründung des Protestverhaltens von Bürgerinitiativen. So befürchten Bürgerinnen und Bürger durch die Nutzung der Geothermie Risiken wie Erdbeben und Emissionen. Die Bürgerinitiative „Geothermie Steinweiler“ schreibt beispielsweise unter dem Punkt „Gefahren der Tiefengeothermie“:

„Die Förderung großer Mengen Thermalwassers (Steinweiler bis 135 l/sek. entsprechend 11664 cbm/Tag) und die anschließende Rückverpressung könne, wie am Beispiel Landau ersichtlich, Erdbeben bis zur Magnitude 2,7 am 15.08. und 2,4 am 14.09.2009 auslösen.“<sup>12</sup>

Auch bei der Biomasse gibt es Sorgen um giftige Emissionen, die bei der Verbrennung entstehen könnten. So erwartet die „Bürgerinitiative Interessengemeinschaft Bürger und Umwelt gegen zusätzliche Müllverbrennung (Biomassekraftwerk) in Bergkamen“, dass aus den Emissionen des neuen Biomasseheizkraftwerks Atemwegserkrankungen wie Asthma, Hautkrankheiten und Neurodermitis bei Kindern und älteren Menschen ansteigen.<sup>13</sup>

Bei Offshore-Windparks wiegt das Risiko von Kollisionen mit Öllankern am schwersten. So kann sich die Bürgerinitiative „Gegenwind – für eine industrie-freie Nordsee“, das folgende Szenario nach einer Öllanker-kollision vorstellen:

„Die Folgen für das Schiff und die Umwelt werden verheerend sein. Der Tanker wird voraussichtlich an der Auftriebsstelle zerbersten, und das auslaufende Öl wird die Seegebiete und die Küsten für Jahre belasten.“<sup>14</sup>

Beim Netzausbau hingegen stellt der zu erwartende Elektrosmog für die betroffenen Anwohner ein großes gesundheitliches Risiko dar. Die „Bürgerinitiative Northheim“ schreibt dazu unter der Überschrift „Freileitungen gefährden die Gesundheit von Menschen“:

„Durch sog. ‚Elektrosmog‘ gehen von Freileitungen erhebliche Gesundheitsrisiken aus. In Deutschland ist dabei der Grenzwert in direkter Nähe von Wohnbebauung mit 100 Mikrottesla 500 Mal höher als die Empfehlungen des US-amerikanischen Rates für Strahlenschutz und der Verbraucherzentralen Deutschland (0,2 Mikrottesla).“<sup>15</sup>

Bei den Pumpspeicherverwerken steht der Verlust von Flora und Fauna im Mittelpunkt der genannten Risiken. So setzt sich die „Bürgerinitiative Atdorf“ kompromisslos für den Erhalt des Berges Abtau wie auch für die Erhaltung und Pflege der bestehenden Wasserschutzgebiete, Heilquellen, Trinkwasser-Quellen und Quellbäche, der bestehenden Flora, Fauna und Biotope, der Naherholungsgebiete der Städte Bad Säckingen, Wehr und Ofingen sowie der Hotzenwalder „Ruheforscher“-Landschaft.“<sup>16</sup>

Bei Konflikten um Solaranlagen und Onshore-Windparks werden Risiken überhaupt nicht genannt und spielen demzufolge kaum eine Rolle.

**c) Kommunikationsprobleme**

Kommunikationsprobleme werden in vielen Energiekonflikten ebenfalls als Grund für Proteste der Bürger-

innen und Bürger genannt. Besonders häufig waren Kommunikationsprobleme die Ursache für Konflikte im Zusammenhang mit dem Bau von Pumpspeicherverwerken. Hier kam es häufig zur Gründung von Bürgerinitiativen, weil sich die betroffenen Bürgerinnen und Bürger in ihren Interessen nicht im Planungsprozess berücksichtigt und unzureichend über Planungsprojekt und -stand informiert fühlten. Sie vermissten die nötige Transparenz im Planungsprozess und fühlten sich übergangen. Darüber hinaus äußern sie gegenüber den Planungsverantwortlichen oft Misstrauen. Die „Bürgerinitiative Atdorf“ setzt sich in einem 10-Punkte-Plan „für eine frühzeitige Einbindung der BürgerInnen in die Genehmigungsverfahren und für eine unabhängige und ergebnisoffene Durchführung der Genehmigungsverfahren durch die Behörden ein.“ (ebd.)

**d) Fehlender Nutzen**

Der „fehlende Nutzen“ eines Projekts für die Einzelnen oder die Region ist eher selten alleiniger Grund für Proteste seitens der lokalen Bevölkerung. Im Zusammenhang mit anderen Gründen kann ein nicht vorhandener oder nicht wahrgenommener Nutzen jedoch zur Verschärfung des Konflikts beitragen. So kann der Widerstand der lokalen Bevölkerung sich verstärken, wenn sie von den neuen Energieprojekten für ihre Region keinen Gewinn erwartet. Darüber hinaus gibt es oft Zweifel, ob die neuen Anlagen persönliche Vorteile bringen. Die lokal Betroffenen sehen in der Aufstellung gewaltiger Energieanlagen oftmals eine „Ausbeutung“ ihrer Region, da die Profite aus ihrer Sicht meist nicht in der Region bleiben, sondern nach außen zu den entsprechenden Investoren fließen. Fehlender Nutzen wurde v.a. in Zusammenhang mit dem Bau von Biomasseanlagen und Pumpspeicherverwerke sowie der Nutzung der Geothermie angeführt. Auf dem ersten Geothermie Forum der Gegner von Anlagen der Tiefen Geothermie im Juli 2010 in Landau sahen die Bürgerinitiativen nicht nur keinen Nutzen, sondern sogar zusätzliche Kosten auf sich zukommen:

„Bis zu 85 Prozent der Stromerzeugung solcher ‚Kraftwerke‘ werden durch den Eigenbedarf der technischen Anlagenteile, insbesondere durch den Betrieb der Tiefpumpen zur Förderung des Thermalwassers, verbraucht. Nichtsdestotrotz müssen die Stromverbraucher die Bruttostromerzeugung gemäß den hohen Fördersätzen des EEG bezahlen, während die Anlagen ihren hohen Eigenstrombedarf tatsächlich mit eingekauftem Strom nach billigen Industrietarifen decken.“<sup>17</sup>

13 [www.igbu.de](http://www.igbu.de)  
14 [www.gegenwind-sytl.de](http://www.gegenwind-sytl.de)  
15 [www.vorsicht-!fraileitung.de](http://www.vorsicht-!fraileitung.de)  
16 [www.bi-atdorf.de](http://www.bi-atdorf.de)  
17 [www.alternative-energiequellen.info](http://www.alternative-energiequellen.info)

**RESÜMEE**

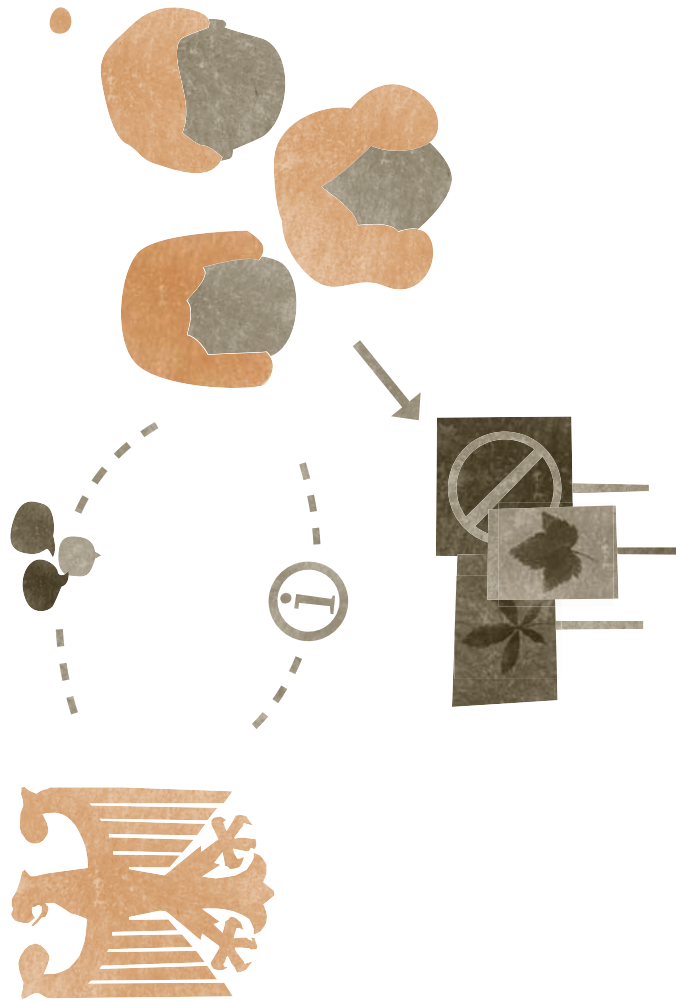
Auffällig ist, dass nur in wenigen Fällen gesundheitliche Risiken oder Risiken für Natur und Umwelt, die von neuen Versorgungsstrukturen für Erneuerbare Energien ausgehen, als Grund für Proteste angeführt werden. Das trifft z.B. auf die Nutzung geothermaler Energien zu. Der wichtigste Grund, sich gegen Planungen zum Bau neuer Infrastrukturvorhaben für Erneuerbare Energie aufzulehnen, sind befürchtete Beeinträchtigungen des gewohnten Lebensumfelds. So wird beispielsweise eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch die Windkraftanlagen befürchtet. Bei Solarparks steht der Verlust der Besonderheiten der regionalen Umwelt im Mittelpunkt und damit einhergehend ein Rückgang des Tourismus.

Der visuelle Eingriff in das Landschaftsbild und die dadurch bewirkte Veränderung des gewohnten Umfeldes sind wohl die bedeutendsten Beeinträchtigungen im Zusammenhang mit dem Ausbau Erneuerbarer Energien. Nach Maarten Wolsink (2005)<sup>18</sup> werden die örtlichen Charakteristika und die Identität eines Ortes oft durch die Landschaft repräsentiert. Darüber hinaus besteht häufig auch eine emotionale Verbundenheit zwischen den Anwohnerinnen und Anwohnern sowie ihrer Umgebung. Sobald das gewohnte Umfeld nun durch bauliche Veränderungen

seinen ursprünglichen Zustand verliert, kann dies zu starken Protesten bei den lokal Betroffenen führen, da sie durch den Eingriff auch ihre Identität mit dem Ort bedroht sehen. Dieses Phänomen wird auch als „place attachment“ bezeichnet (Devine-Wright 2007).<sup>19</sup>

Wenn jedoch weniger Risiken als befürchtete Veränderungen des Gewohnten Ursache für die lokale Ablehnung von Windkraftanlagen, Solarparks oder Biomasseanlagen sind, dann haben Betreiberinnen und Genehmigungsbehörden gute Chancen, Konflikte in konstruktive Bahnen zu lenken. Die Lösungen liegen in der Regel auch auf der Hand und werden von den protestierenden Bürgerinnen und Bürgern auch immer wieder eingefordert: transparente Kommunikation, Kompensation und Beteiligung.

In der Kommunikationsproblematik liegt der eigentliche Schlüssel zur Konfliktbewältigung. Eine offene und transparente Kommunikation könnte unter Umständen befürchtete Risiken und Beeinträchtigungen bei den Betroffenen eindämmen oder gar beseitigen. Transparente Kommunikation heißt, dass ehrlich und offen kommuniziert wird und Bedenken der lokalen Bevölkerung aufgenommen werden. Ein transparenter Informationsaustausch kann nicht nur das Planungsprojekt an sich legitimieren, sondern darüber hinaus auch helfen, die Technologie zu



etablieren, indem über potenzielle Risiken und Beeinträchtigungen eine nachvollziehbare und offene Aufklärung erfolgt. Man muss aber auch anders kommunizieren. Es geht nicht darum, den Leuten vor Ort die Ängste vor Risiken zu nehmen, die sie gar nicht haben. Es geht darum, mit ihnen gemeinsam zu durchdenken, was sich ändert und was nicht.

Wenn übergeordnete Erneuerbare-Energie-Projekte lokale Beeinträchtigungen mit sich bringen, kann man nicht damit rechnen, dass die Bevölkerung mit allgemeinen Nutzenversprechen wie Klimaschutz zufriedengestellt werden kann. Den Leuten vor Ort muss klar vermittelt werden, welchen Gewinn die Region durch den Ausbau Erneuerbarer Energien für sich erwarten kann und welchen individuellen Nutzen sie daraus ziehen können. Erfahrungen aus Dänemark belegen die Bedeutung von „local partnerships“. Ist die lokale Bevölkerung an Energieprojekten beteiligt, ist auch ihre Akzeptanz gegenüber diesen Projekten deutlich höher, als wenn sie nicht beteiligt sind. Die finanzielle Beteiligung und eine damit einhergehende gerechte Gewinnaufteilung sind damit Akzeptanz fördernde Faktoren ( ebd. ). Hier muss von Seiten der Projektplaner von Anfang an überlegt werden, welche Kompensationen man den Leuten vor Ort

anbieten kann, die die Beeinträchtigung ihres gewohnten Lebensumfelds mindern müssen.

Allerdings ist die Kooperation in local partnerships erst möglich, wenn zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie Betreibern ein vertrauensvolles Verhältnis besteht. Damit es zu einer Vertrauensbasis kommen kann, sind Partizipationsmöglichkeiten der Anwohnerinnen und Anwohner und auch der lokalen Politikvertretung am Projekt sehr hilfreich. Generell hat Bürgerbeteiligung den Vorteil, dass sie einen fairen Austausch von Informationen und Argumenten ermöglicht, die Akzeptanz von Entscheidungen befördert und nach Abschluss von Projekten zu weniger gerichtlichen Streitigkeiten führt. So können fachspezifisch vereinigte Sichtweisen aufgebrochen und bürgernahe Gesichtspunkte integriert werden. Als Nachteil der Bürgerbeteiligung, insbesondere bei Großvorhaben, werden häufig die enormen zeitlichen Verzögerungen, der größere Planungsaufwand sowie die dadurch resultierenden erhöhten Kosten des Projektes angeführt. Dieser Mehraufwand lässt sich jedoch rechtfertigen, weil dadurch die Wahrscheinlichkeit eines gelingenden Planungsverfahrens erhöht wird, indem Konflikte frühzeitig gelöst und Eskalationen vermieden werden.

18

Wolsink, M. (2005): Wind power implementation: The nature of public attitudes: Equity and fairness instead of backyard motives<sup>18</sup>.

19

Devine-Wright, P. (2007): Reconsidering public acceptance of renewable energy technologies: a critical review. Chapter for inclusion. In: Jamasb, T. et al. (Eds.): Delivering a Low Carbon Electricity System: Technologies, Economics and Policy. Cambridge University Press.